

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Ernst Walternathe MdB zur
Entwicklung in Chile: Wann
stürzt Pinochet?

Seite 1

Dr. Anke Martiny MdB
weist auf Fehlentwicklungen
in der Versicherungswirtschaft
hin: Regierung muß Konsequenzen
ziehen.

Seite 3

Dokumentation
Der stellvertretende
Vorsitzende der SPD-Bundes-
tagsfraktion, Dr. Volker
Hauff, sprach bei der Aus-
stellungseröffnung „10
Jahre Bonner Bildersturm“
am 11. März in Bonn.
Wortlaut

Seite 5

41. Jahrgang / 51

14. März 1985

Wann stürzt Pinochet?

In Chile wächst - stimuliert durch die Ereignisse auf Haiti und den Philippinen - der Widerstand

Von Ernst Walternathe MdB

Der internationale Druck auf Chile wächst - selbst von konservativer Seite. Erwähnt werden soll hier nur der Kennedy-Besuch im Januar, der letzte UN-Menschenrechtsbericht, die CDU-Dokumentation über Menschenrechte in Chile, der Bericht des State Department, der Chile den ersten Platz in seiner internationalen Liste der größten Menschenrechtsverletzer zuordnet, und schließlich die Analyse der Menschenrechtskommission der „Organisation der Amerikanischen Staaten“ (CIDH) über zwölf Jahre Diktatur in Chile, die zu dem Ergebnis kam, daß „diese Regierung praktisch alle bekannten Methoden zur physischen Vernichtung von Dissidenten angewandt hat: Verschwindenlassen von Personen, Hinrichtungen und Todesfälle durch Folter“, und daß die „Nichtachtung der politischen Rechte sich paradoxerweise in den Bestimmungen der Verfassung von 1980 wider(spiegelt), (und damit) die Grunderfordernisse einer Verfassung nicht erfüllt, nämlich die Verteilung der Macht auf die wichtigen politischen Bereiche eines Landes“. (CIDH-Bericht, November 1985).

Die Bilanz für 1985 waren fünf politische Morde und 900 Verhaftungen pro Monat. Über diesen selektiven Bürgerkrieg der Regierung gegen ihre Bürger hinaus sorgen Verbot und Zensur kritischer Zeitungen, die Einschränkungen politischer und gewerkschaftlicher Tätigkeiten und der ständige Ausnahmezustand dafür, daß die Staatsgewalt in jedem Lebensbereich spürbar präsent bleibt.

Aber mehr als die Gewerkschaften, die teils in ihren Rechten, teils durch die hohe Arbeitslosigkeit eingeschränkt sind, sind es gerade die Studenten, die der Regierung die meisten Schwierigkeiten bereiten. Protestveranstaltungen und Vorlesungstreiks gegen Repressionen und für die autonome Selbstbestimmung an den Universitäten - sämtliche Rektorenstellen wurden nach dem Putsch mit

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Reinhalte-Übersatz
mit komprimierten
Kontaktpapier



Militärs besetzt - lassen die Universitäten zu wichtig... Widerstandszentren werden. Der Protest schlug sich auch in den Ergebnissen der Studentenschaftswahlen nieder, die Ende letzten Jahres an etwa 20 Universitäten legal oder illegal durchgeführt wurden: Christdemokraten und MDP (Linksbündnis sozialistischer Parteien, der MIR und der KP) erhielten die meisten Stimmen, während sich die studentischen Vertreter des Pinochetismus an keiner Uni durchsetzen konnten. Die Junta antwortet mit Härte auf den studentischen Protest.

Allein Anfang dieses Jahres

- wurden am 3. Januar 1986 35 Studenten von den Hochschulen in Santiago, Terapaco, Iquique verwiesen;
- wurden am 14. Januar vom Rektorat der Universität Santiago die Exmatrikulation von fünf Studenten und Disziplinarstrafen für 15 Studenten verordnet;
- wurde am 18. Januar die Exmatrikulation von sechs Studenten und ein vorläufiges Studienverbot für 22 Studenten der Universität von Iquique verordnet;
- wurden am 24. Januar an den Universitäten von Concepción und Antofagasta 32 Akademiker entlassen und fünf Studentenführer zwangsexmatrikuliert;
- wurden am 25. Januar 262 Studenten an der Universität von Concepción mit Strafen belegt (solche Sanktionen reichen von schriftlichen Verwarnungen bis zum zweijährigen Studienauschluss);
- wurden am 29. Januar 17 Studentenführer der Universitäten von Concepción und Valparaiso zwangsexmatrikuliert;
- wurde am 20. Februar 1986 Andrés Palmas, Präsident der Christdemokratischen Jugend verhaftet, was wiederum Demonstrationen und Verhaftungen auslöste.

Freilich ist den Studenten auch bewußt, daß sie allein nur wenig bewirken können. Deshalb werden die Stimmen, die ein Zusammengehen mit Gewerkschaften und Elendsviertelbewohnern fordern, immer lauter.

Neben Demonstrationen und Streiks, die allein noch keine politischen Alternativen zum jetzigen System ablesen lassen, ringen sich die oppositionellen Parteien zu Bündnissen und Abkommen durch, um das alte Bild einer zerstrittenen und zersplitterten Parteienlandschaft in Chile aufzuheben.

Elf Mitte- bis Rechtsparteien unter Führung der Christdemokraten unterzeichneten letztes Jahr das „Nationale Abkommen“; einen Minimalkonsens für den Tag nach dem Fall Pinochets. Da die MDP davon ausgeschlossen blieb und auch inhaltlich radikalere Forderungen hat, fordern Vertreter des sozialistischen Blocks eher eine umfassendere Koalition aller bedingungslos gegen Pinochet kämpfenden Kräfte. Diese Politik der „Demokratischen Unnachgiebigkeit“ wird derzeit vom sozialistischen Block, der MDP und einigen Persönlichkeiten aus dem christdemokratischen Spektrum vertreten.

Ob es die Oppositionsparteien erreichen, das Jahr 1986 zum „Jahr der gesellschaftlichen Mobilisierung“ zu machen, wie der Vorsitzende der Christdemokraten Gabriel Valdés auf der bisher größten Protestkundgebung am 21. November 1985 vor 500.000 Menschen in Santiago hervorhob, oder ob 1986 sogar Pinochets letztes Jahr an der Macht sein wird, wie die MDP-Delegation auf ihrer Europareise im Januar erklärte, bleibt mit Skepsis abzuwarten. Zu wünschen wäre es. Und die Staaten der „westlichen Wertegemeinschaft“ sollten alle Entwicklungen unterstützen, die zur Ablösung der Pinochet-Diktatur beitragen können. Den Chilenen selbst geben die Ereignisse auf Haiti und den Philippinen Hoffnung.

(-/14.3.1986/rs/ks)



Fehlentwicklungen in der Versicherungswirtschaft

Doch die Regierung bleibt bei passiver und ausweichender Politik

Von Dr. Anke Martiny MdB
Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Versicherungswirtschaft ist ein von der gegenwärtigen Bundesregierung besonders gehätschelter Wirtschaftszweig: Die Bundesregierung hat bisher nicht nur alle Forderungen auf wettbewerbsstärkende Maßnahmen in diesem Bereich ignoriert, sondern sogar bei dem Ende letzten Jahres verabschiedeten Gesetz über ein Rücktrittsrecht bei Haustürgeschäften eigens für die Versicherungswirtschaft eine völlig unbegründete Ausnahmeregelung geschaffen. Der „Vorwurf“ übermäßiger Verbraucherfreundlichkeit im Versicherungswesen kann dieser Bundesregierung sicherlich nicht gemacht werden.

Es entspricht daher den Erwartungen, wenn die Bundesregierung in ihrer soeben veröffentlichten Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion über „Verbraucherrechte, Transparenz und Wettbewerb in der Versicherungswirtschaft“ einen Großteil der von Verbraucherinstitutionen und unabhängigen Fachleuten vorgebrachten Kritikpunkte ablehnt. Es ist vielmehr schon als Besonderheit anzusehen, daß die Bundesregierung zugleich auch zahlreiche Mängel und Fehlentwicklungen in der Versicherungswirtschaft einräumt. Angesichts offenkundiger Fakten und einer ständig zunehmenden Zahl von Kritikern konnte wohl auch die Bundesregierung nicht umhin, wenigstens einige besonders gravierende Probleme im Versicherungsbereich mit dem Etikett „unbefriedigend“, „zu prüfen“ oder (zum Beispiel mit dem Verband der Lebensversicherungsunternehmen) „zu erörtern“ zu versehen.

Aus Verbrauchersicht sind insbesondere folgende Feststellungen der Bundesregierung festzuhalten:

1. Zahlreiche Versicherungsunternehmen (insbesondere Lebensversicherungen) haben ihre in den letzten Jahren „unverhältnismäßig angestiegenen“ Überschüsse zu einem erheblichen Teil nicht und/oder nur mit großer zeitlicher Verzögerung an die Versicherten rückerstattet; diese Praxis wird von Verbraucherseite bereits seit langem kritisiert, bisher hat die Bundesregierung hierzu jedoch beharrlich geschwiegen.
2. Die Kalkulationsgrundlagen in der Lebensversicherung (zum Beispiel Sterbetafeln, garantierter Rechnungszins) sind nicht mehr sachgerecht. Endlich wird dies zugegeben: die Verbraucherpolitiker der SPD weisen seit Mitte der 70er Jahre darauf hin.
3. Die gegenwärtigen Prämienanpassungsklauseln in den langjährigen Versicherungsverträgen sind „unbefriedigend“, da die Kündigungsmöglichkeiten nur bei außerordentlich hohen Prämiensteigerungen zum Tragen kommen. Hier wurde von Verbraucherseite sogar bereits das Verfassungsgericht bemüht, um eine gerechtere Lösung zu finden.
4. Aus verschiedenen Gründen - so besteht der konkrete Verdacht abgestimmten Verhaltens bei der Einführung und Anwendung der Prämienanpassungsklauseln in der Kfz-Kasko-Versicherung (gegenwärtig läuft Untersuchungsverfahren des Bundeskartellamtes gegen den HUK-Verband und 102 Versicherungsunternehmen) oder wegen der Gefahr der unternehmensinternen Verlagerung von Verlusten aus dem Industriegeschäft in das sogenannte Massengeschäft - sollen die beteiligten Bundesressorts „prüfen“, inwieweit Mißbrauchsaufsicht und Wettbewerb im Versicherungswesen gestärkt werden müssen. Dieses Problem wird von der SPD seit Jahren gesehen und angeprangert, „prüfen“ ist da zu wenig!

Wer nun allerdings erwartet, daß die Bundesregierung aus den von ihr selbst erkannten Mängeln und Fehlentwicklungen einen konkreten Handlungsbedarf ableitet, wird enttäuscht. Die Bundesregierung

bleibt vielmehr bei ihrer passiven und ausweichenden Politik im Versicherungsbereich und verschanzt sich hinter abwiegenden und bürokratischen Vorwänden:

1. Klare Aussagen darüber, wann und unter welchen Bedingungen Überschüsse von den Versicherten thesauriert beziehungsweise nicht zurückgehalten werden dürfen, fehlen.
2. Die Wiederherstellung sachgerechter Kalkulationsgrundlagen bei der Lebensversicherung ist eher eine freiwillige Aktion der Versicherungswirtschaft (zur Imagepflege) denn Folge des Eingreifens der Aufsichtsbehörde; die Regierung war und ist bei diesem Mißstand lediglich ein passiver und abwartender Zuschauer. Offenbar soll der Versicherungswirtschaft die Möglichkeit bleiben, sich bei ihren diesjährigen Verbandstagen als verbraucher- und wettbewerbsfreundlich darzustellen.
3. Auch die unbefriedigende Situation bei den langjährigen Versicherungsverträgen ist für die Bundesregierung kein Anlaß zum Handeln; dabei ist der Hinweis auf die in Vorbereitung befindliche EG-Richtlinie zur Harmonisierung wesentlicher Vorschriften des Versicherungsvertragsrechts ein vordergründiges Ablenkungsmanöver, denn dies rechtfertigt nicht die eigene Untätigkeit zum Nachteil der Verbraucher (wie die beinahe zeitgleiche Verabschiedung der EG-Richtlinie zu den Haustürgeschäften und des nationalen Gesetzes hierzu gezeigt hat).
4. Die Verweigerung wettbewerbsstärkender Maßnahmen, zum Beispiel wegen „schwieriger gesetzlicher Abgrenzungsfragen“, ist unbegründet. Der richtige Grundgedanke, daß „das Versicherungswesen eines besonderen Vertrauensschutzes bedarf“, wird von der Bundesregierung allzu einseitig zu Lasten von Wettbewerb und Verbraucherrechten ausgelegt, was letztlich auf eine Bestandsgarantie auch der nichtleistungsfähigen Versicherungsunternehmen hinausläuft.
5. Ein Großteil der Forderungen der Verbraucher und der Fachwelt nach Verbesserung von Transparenz und Wettbewerb im Versicherungswesen, so zum Beispiel nach einer anderen Verteilung der Abschlußprovisionen bei Lebensversicherungen, nach Einrichtung einer paritätisch besetzten Schlichtungsstelle beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen oder nach Beseitigung fragwürdiger Begünstigungen und Diskriminierungen einzelner Gruppen von Versicherten oder von Regionen in der Kfz-Versicherung beziehungsweise in der privaten Krankenversicherung, wird von der Bundesregierung - im wesentlichen mit den Argumenten, die von der Versicherungswirtschaft her bekannt sind - nicht aufgenommen. Offenbar brauchen die Verbraucher auch in diesen Fragen einen langen Atem, bis ihre Forderungen bei der Versicherungswirtschaft und dann am Ende auch bei der Bundesregierung als berechtigt anerkannt und realisiert werden.

Fazit: Nach jahrzehntelanger Starrheit ist der Markt für Versicherungen in jüngster Zeit ein wenig in Bewegung geraten. Die nach wie vor günstigen Ertragsaussichten haben das Interesse an diesem Markt - zum Beispiel bei den Großbanken im Hinblick auf langfristige Spargelder oder bei ausländischen Versicherungsunternehmen - ständig erhöht. Damit haben sich auch die Chancen der Verbraucher verbessert, mehr Rechte und mehr Transparenz in der Versicherungswirtschaft zu verwirklichen. Ob sie allerdings auf die wirksame Unterstützung der Bundesregierung rechnen können, ist und bleibt mehr als zweifelhaft.

(-/14.3.1986/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Volker Hauff: Staeck testet die Bereitschaft der Gesellschaft, sich vermessen zu lassen

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Volker Hauff, machte bei der Ausstellungseröffnung „10 Jahre Bonner Bildersturm“ zusammen mit Klaus Staeck am 11. März in der hessischen Landesvertretung folgende Ausführungen.

Vor zehn Jahren hatten wir eine Ausstellung von Klaus Staeck in der Parlamentarischen Gesellschaft; eine Ausstellung, die damals am Eröffnungsabend gestört wurde und dazu geführt hat, daß Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Plakate von der Wand gerissen und sie zertrampelt haben.

Wir versuchen nach zehn Jahren heute einen nochmaligen Anlauf, dem politischen Bonn eine Kunstform nahezubringen, die Klaus Staeck vertritt und die von John Heartfield mitgegründet wurde. Heartfield sagte einmal über diese Kunstform: „Der Maler malt seine Bilder mit Farbe und ich mit Photographien.“ Und wer hätte nicht sofort dabei diese mittlerweile, ja, klassisch zu nennenden Plakate von John Heartfield im Hinterkopf, der bereits 1931 über den Sinn des Hitlergrußes den Zusammenhang von aufkommendem Nationalsozialismus und der Rolle des deutschen Großkapitals unter der Überschrift „Millionen stehen hinter mir“ offenlegte, oder etwa den Galgenruß, 1933, eine sehr frühe Aussage über das, was uns unter diesem Terrorregime bevorgestanden hat.

Das ist eine Kunstform, die nicht das Schöne, das Wahre und das Reine sucht, sondern die anklagt, die bloßstellt, die gelegentlich auch aggressiv ist, die wachrütteln will, die bewußt machen will. Und manchmal können wir auch schmunzeln. Viele haben sicher in dem Zusammenhang das Plakat vor sich, das vermutlich insgesamt die größte Auflage hatte, das mit den deutschen Arbeitern, die gewarnt werden, die SPD will Euch Eure Villen im Tessin wegnehmen.

Aus den Arbeiten von Klaus Staeck möchte ich zwei besonders herausheben, beide übrigens aus dem Jahr 1976, weil sie meines Erachtens zeigen, wie früh Klaus Staeck ganz wichtige gesellschaftspolitische Themen aufgegriffen hat: Ein Plakat, das damals viel Unverständnis gelegentlich im Schmunzeln begegnete, nämlich ein Bild aus dem Deutschen Bundestag, ein Ausschnitt, wo lauter Männer in den Sitzungsbänken sitzen und die Unterschrift lautet: „Jeder zweite Abgeordnete ist eine Frau.“ Und manches von der dann nachfolgenden Diskussion war dort, 1976, bereits angelegt. Das andere Bild aus '76, eins, das ich eigentlich immer als sehr beklemmend empfunden habe, ist dieser Aufruf, auf dem Plakat dargestellt, ein Werk von Böll, mit dem Untertitel: „Mitbürger, Lesen macht dumm und gewalttätig. Der Beauftragte für den Gemeinschaftsfrieden.“



Und da sind wir bei einem wichtigen Thema, ich vermute sogar, dem zentralen Thema von Staeck: Er will auch warnen vor Entwicklungen, die er für bedenklich hält. Und es gibt ja viele in der Kunst, die davor warnen, in der Literatur, in der Philosophie, und es gibt zur Zeit eine sehr interessante Diskussion, wer nun eigentlich recht habe mit seinen Befürchtungen. Orwell oder Huxley. Orwell, der befürchtet hat, daß es Menschen geben wird, die Bücher verbieten, oder Huxley, der befürchtete, daß es eines Tages keinen Grund mehr geben könnte, Bücher zu verbieten, weil niemand mehr da ist, der sie lesen will? Orwell warnte vor der Unterdrückung durch eine äußere Macht und in Huxley's Vision bedarf es eben keines Großen Bruders, um den Menschen die Autonomie und der Gesellschaft die Freiheitlichkeit zu nehmen, eben weil wir - aus dem Buch, aus dem ich gerade zitiert habe von Postman - uns zu Tode amüsieren.

So ist vielleicht auch manches erklärbar über die Unterschiedlichkeit der Reaktion auf diese Ausstellung vor zehn Jahren und heute. Daß sie stattfindet, wird heute mit Wegschauen begleitet. Es gibt nur noch so ganz gelegentliche Rückfälle. Einer davon sind die Briefe, die hier hinten an der Wand hängen, der Briefwechsel zwischen dem Präsidenten des Deutschen Bundestages und dem Ministerpräsidenten des Landes Hessen.

Liberalität heute im Zusammenhang mit den Arbeiten von Klaus Staeck. Man muß darüber ein Wort verlieren, wie das politische Klima eigentlich aussieht, diese Optimismuskampagne, die unser amtierender Bundeskanzler versucht, unter's Volk zu bringen. Sein öffentliches Auftreten in Israel mit der Gnade der späten Geburt oder am bedrückendsten seine Ausführungen vor dem Deutschen Bankentag, wo er im Zusammenhang mit dem im KZ ermordeten Dietrich Bonhoeffer den dort versammelten Herren - werden es wohl im wesentlichen gewesen sein - die Weisheit mit auf den Weg gab, „was im Konzentrationslager Flossenbürg möglich war, müßte heute auf dem Bankentag oder anderswo auch möglich sein“. Eine Atmosphäre, die auch geprägt ist durch vielerlei vergleichbare Stammtischweisheiten, wo Gesetze zur vermeintlichen Erhöhung der Sicherheit, die ein Fraktionskollege von mir kürzlich einmal „Volksbeobachtungsgesetze“ genannt hat, öffentlich begründet werden von Mitgliedern des Deutschen Bundestages mit dem Hinweis: „Wer keinen Dreck am Stecken hat, braucht auch nichts zu befürchten.“

Meine Damen und Herren, vor zehn Jahren, bei der Eröffnung der Ausstellung habe ich gesagt, daß es ein wichtiger Hinweis ist, ob diese Gesellschaft sich von Klaus Staeck selbst vermessen läßt. Daß ihre Bereitschaft, sich selbst vermessen zu lassen, auch zu einem Gradmesser ihrer eigenen Liberalität und ihrer eigenen Freiheitlichkeit ist, bin ich sicher. In dieser Aussage haben die Arbeiten von Klaus Staeck nichts an Aktualität eingebüßt.

(-/14.3.1986/rs/ks)

* * *